

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

41. Sitzung
27. März 2014

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.03 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Burkard Dregger (CDU) fragt:

Wie bewertet der Senat die Wahrscheinlichkeit, dass es vor der Sommerpause zum freiwilligen Abbau der Zelte und Baracken am Oranienplatz und zur Räumung der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule kommt und dafür, dass es danach nicht wieder zu einer erneuten Besetzung des Oranienplatzes oder der Gerhart-Hauptmann-Schule durch Aktivisten kommt?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) erinnert daran, dass der Senat am 18. März 2014 einen Erfolg habe präsentieren können. Nach über 60 Stunden Gesprächen mit den Vertretern der Flüchtlinge sei einvernehmlich ein Papier verabschiedet worden, wie die Lösung für ein friedliches Verlassen des Oranienplatzes und der Gerhart-Hauptmann-Schule und wieder ein rechtmäßiger Zustand an beiden Orte erreicht werden könnte. Erfreulicherweise sei der Senat mit diesem Angebot an die Flüchtlinge einverstanden gewesen. Im Gegenzug erhielten die Flüchtlinge Unterbringungsangebote, eine enge Begleitung in ihren Rechtsverfahren und Hilfe in ihrer sozialen und Arbeitssituation. Sie würden begleitet von einem Unterstützungsteam von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Caritas und der Diakonie. Es bestünden Chancen,

dass diese Einigung Bestand habe und eine einvernehmliche Lösung erreicht werden könne. Garantien könne niemand geben.

Burkard Dregger (CDU) fragt nach, ob damit zu rechnen sei, dass nach einer Räumung der Platz erneut besetzt werde, wenn nicht alle Flüchtlinge mit der Einigung einverstanden seien.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) gibt zu bedenken, dass eine Einigung mit 467 Flüchtlingen schwierig sei. Mit den Verhandlungsführern habe der Senat Einvernehmen herstellen können. Sie führe weiterhin Gespräche mit den Flüchtlingen, und zwar nicht nur mit den Teilnehmern der Verhandlungen, auch bei einer Versammlung in der Oranienstraße 34, in der Unterkunft in der Residenzstraße und in der Gerhart-Hauptmann-Schule. Nun müsse Überzeugungsarbeit für das Angebot des Senats geleistet werden. Dass nicht alle das Einigungspapier unterstützten, sei zu erwarten gewesen, zumal eine Gruppe der Flüchtlinge den politischen Kampf fortsetzen wolle. Erfreulicherweise sei überwiegend der Wille zu einer friedlichen Einigung da.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich:

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem erneuten Anstieg der Verwaltungskosten in den Berliner Jobcentern im Jahr 2013 – und die daraus resultierende Kürzung des Eingliederungsbudgets – auf die Maßnahmen zur Integration von Langzeiterwerbslosen in den Arbeitsmarkt?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) antwortet, für dieses länger bestehende Problem sei noch keine Lösung gefunden worden. Während der CDU-FDP-Bundesregierung seien die Leistungen für Arbeitsförderung seit 2010 um 40 Prozent reduziert worden, die Verwaltungskosten der Jobcenter aber bundesweit gestiegen. Die Verwaltungskostenerhöhung habe mit einer besseren Personalausstattung seit 2011 aber auch zur Qualitätssteigerung – bessere Betreuung und Beratung der Arbeitslosen – geführt. Die Verwaltungskosten seien zudem wegen der gesetzlichen Leistungen nach SGB II für Bildung und Teilhabe ab dem 1. April 2011 gestiegen. Beide Sachverhalte seien für eine qualitative Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu begrüßen. Da der Bund die Ansätze für Verwaltungskosten nicht dem Bedarf anpasse, sei eine Umschichtung von Mitteln aus dem Eingliederungstitel jeweils notwendig gewesen.

Von den zwölf Berliner Jobcentern seien 2013 456,3 Mio. Euro für die gesamten Verwaltungskosten ausgegeben worden, 147,7 Mio. Euro mehr als 2008. Dies sei in fünf Jahren nahezu eine Verdoppelung. 2013 hätten 30,6 Mio. Euro umgeschichtet werden müssen. Dies entspreche 8 Prozent des Eingliederungstitels, was im Bundesvergleich noch wenig sei. Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen hätten z. B. ca. 20 Prozent umschichten müssen. Grundsätzlich sei es ein Problem, weil die Mittel bei der ohnehin gekürzten Arbeitsmarktförderung fehlten. Für 2014 rechneten die Berliner Jobcenter mit einem noch höheren Umschichtungsbedarf von ca. 50 Mio. Euro. – Der Berliner Betreuungsschlüssel habe sich im Dezember 2013 in Berlin auf Höhe des Bundesdurchschnitts verbessert: bei den unter 25-Jährigen auf 1 : 71, bei den über 25-Jährigen auf 1 : 140 und im Leistungsbereich auf 1 : 120. Die 90. ASMK habe mit Unterstützung von Berliner Seite beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, zu einer auskömmlichen Finanzierung des Verwaltungsbudgets zu kommen und die Arbeitsmarktfördermittel sicherzustellen.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert an ihre Frage, welche Auswirkung dies auf die Maßnahmen zur Integration von Langzeitarbeitslosen habe. Könne SenArbIntFrau ausschließen, dass wegen der Umschichtung Mittel für Maßnahmen für Langzeitarbeitslose wie Bürgerarbeit oder FAV nicht zur Verfügung stünden?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) versichert, dass es bei Bürgerarbeit und FAV vermutlich nicht zu Problemen kommen werde. Zurzeit könne sie es ausschließen.

Sabine Bangert (GRÜNE) stellt die Frage:

Die Senatsverwaltung ArbIntFrau hat von 121 000 Euro möglichen Mitteln für Ausbildung in ihrem Haus nur 2 500 Euro ausgegeben. Warum will die zuständige Senatorin für berufliche Bildung nicht ausbilden?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass Ausbildungsmittel zentral bei SenInnSport etatisiert seien. Bei den in den Einzelplänen etatisierten Ausbildungen handele es sich um spezifische Ausbildungen. SenArbIntFrau bilde wie die anderen Verwaltungen selbstverständlich als Ausbildungsstation aus. Die 121 000 Euro im Haushalt 2013 seien für die Ausbildung von Nachwuchskräfteanwärterinnen und -anwärtern und Referendarinnen und Referendaren in der Laufbahnfachrichtung technische Dienste, Laufbahnzweig technische Dienste/Arbeitsschutz vorgesehen. Geplant sei gewesen, die Ausbildung im LAGetSi zu beginnen; was 2013 nicht möglich gewesen sei, weil die notwendige Voraussetzung – der Erlass der Laufbahnverordnung technische Dienste – nicht gegeben gewesen sei, die aber für die Einstellung von Auszubildenden im Beamtenverhältnis auf Widerruf zwingend notwendig sei. Die zuständige SenStadtUm habe die Laufbahnverordnung erlassen, der Senat habe sie am 14. Januar 2014 beschlossen, sie sei am 6. Februar 2014 in Kraft getreten. Vier Nachwuchskräfte würden voraussichtlich am 1. Mai 2014 die Ausbildung beginnen. Eine Ausschreibung für weitere erfolge Anfang April mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren. Die nicht ausgegebenen Mittel seien über SenFin anderen Ausbildungsbereichen zur Verfügung gestellt worden.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, ob auch die Senatorin zustimme, dass SenArbIntFrau wegen des hohen Altersdurchschnitts der Beschäftigten verstärkt Ausbildungsleistungen erbringen müsse, um qualifizierten Nachwuchs zu sichern.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) wiederholt, SenArbIntFrau habe nicht die Hauptverantwortung für die allgemeinen Ausbildungsleistungen im öffentlichen Dienst wie SenInnSport, sondern nur für spezialisierte Ausbildungen. Da die Voraussetzungen jetzt erfüllt seien, werde SenArbIntFrau die Mittel für Ausbildung einsetzen. Insgesamt sei sich der Senat der Notwendigkeit, Nachwuchskräfte auszubilden, bewusst.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass die Fraktion der SPD und die Piratenfraktion auf eine Frage verzichteten und erklärt die Aktuelle Viertelstunde für beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Wie sind die Erfahrungen mit girlsatec hinsichtlich der Berufsausbildung junger Frauen?

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0157](#)

ArbIntFrau

Dr. Ina Czyborra (SPD) erklärt, Ziel des heutigen Girls‘ Day sei es, das Berufswahlspektrum von jungen Frauen zu erweitern z. B. auf technische Berufe. Viele Initiativen in Berlin versuchten, junge Frauen die Möglichkeiten technisch-gewerblicher Berufe anschaulich zu machen. Die Koalition wünsche Auskunft über den aktuellen Stand des Projekts girlsatec.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) erläutert, da nach wie vor der Frauenanteil in bestimmten Berufsgruppen gering sei, versuche der Senat mit dem Girls‘ Day, aber auch mit anderen Initiativen möglichst vielen jungen Frauen schon während der Schulzeit verschiedenste Berufe vorzustellen. Deshalb begrüße sie, dass sich viele Schulen und Unternehmen an den Aktivitäten des Girls‘ Days beteiligten. Zu nennen seien auch die Girls‘ Day Akademie und die neue Initiative girlsatec, wo junge Frauen über gewerblich-technische Berufe informiert würden. Grundidee des Projekts sei es, junge Frauen, die in technischen Berufen eine Ausbildung oder ein Studium absolvierten, als Vorbilder in Schulen, Jugendeinrichtungen, Messen etc. von ihren Erfahrungen berichten zu lassen. Dieses zielgruppenadäquate Vorgehen verspreche Erfolg. Das Projekt leiste eine hervorragende Arbeit.

Margitta Giese (ABB Training Center GmbH Co. KG) berichtet, das Projekt girlsatec richte sich insbesondere an Mädchen in der Berufswahl und an deren Eltern. Ziel sei es, ein breiteres Spektrum an möglichen Berufen zu eröffnen und die jungen Frauen zu einer atypischen Berufswahl zu motivieren. Auch vielen Eltern seien die anspruchsvollen dualen Ausbildungen im gewerblich-technischen Bereich, die auch ohne Abitur zu erreichen seien, nicht bekannt. In diesen Bereichen fehlten in den kommenden Jahren zahlreiche Fachkräfte, dies verspreche gute Beschäftigungsmöglichkeiten und hervorragende Karrieremöglichkeiten. Es bestehe auch die Möglichkeit, ein duales Studium oder ein Hochschulstudium – auch ohne Abitur – anzuschließen. Außerdem bestünden im Beruf weitere Qualifizierungsmöglichkeiten.

Da Lehrkräfte häufig wenig Kenntnis über Betriebe oder den aktuellen Stand von technischen Berufen hätten, arbeite girlsatec mit den Ausbildungsplatzberatern der Agenturen, die für Schulen zuständig seien, zusammen und sei auch mit dem Berufsorientierungsprojekt „komm auf tour“ und dem Ausbildungsprojekt für Jugendliche mit Migrationshintergrund „Berlin braucht dich“ vernetzt.

Im ersten Jahr habe das Projekt über 30 Botschafterinnen mit gewerblich-technischer Ausbildung gewinnen können, die an ihren eigenen Schulen Mädchen und Jungen über ihren Werdegang berichteten. Auch bei den Unternehmen solle ein Mentalitätswechsel erreicht werden, dass sie mehr junge Frauen einstellten bzw. überhaupt Ausbildungsplätze bereitstellten. Das Arbeitsklima in gemischtgeschlechtlichen Gruppen sei nachweislich besser als in Männergruppen. Bei den Mädchen würden durch die Berichte und eigene Anschauung Vorurteile über die Berufe abgebaut z. B. dass technische Berufe an schmutzigen Arbeitsplätzen ständen oder sie technisch nicht begabt seien. Das Ausbildungszentrum ABB Training Center

verfüge über 65 Jahren Erfahrung und biete schon für Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse in technischen Projekttagen die Gelegenheit, technische Berufe kennenzulernen. Häufig machten die Arbeiten den Mädchen Spaß, und das Interesse für einen Beruf oder eine berufliche Richtung werde geweckt. Für die 7. Klasse werde dann beim Girls' Day ein Besuch angeboten. Seit dem letzten Jahr werde auch ein Technikcamp veranstaltet, in dem Mädchen in einer Woche die Module der technischen Berufe kennenlernten, mit den Auszubildenden sprechen und Betriebe aufsuchen könnten. In den Osterferien werde ein solches Technikcamp durchgeführt, wofür noch Bewerbungen möglich seien. Das Camp werde außerdem zwei Mal in den Sommerferien veranstaltet.

Sarah Bindokat (kos GmbH, Projektmitarbeiterin girlsatec) teilt mit, dass die kos GmbH das Projekt wissenschaftlich begleite, insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und das Projektmanagement. Das ambitionierte Projekt nehme mehrere Zielgruppen in den Blick, um einen Mentalitätswechsel in der Gesellschaft zu befördern und die geschlechtertypische Berufswahl aufzuweichen. Kern des Projekts sei die sog. Botschafterinneninitiative, in denen junge Frauen in einer gewerblich-technischen Ausbildung, niedrigschwellig die Zielgruppe in Schulen oder Berufsmessen von ihren eigenen Erfahrungen erzählten, Ansprechpartnerinnen seien und Vorbehalte abbauen helfen könnten.

Janine Vollborn (Technische Systemplanerin für technische Systeme, Botschafterin girlsatec) führt aus, dass ihre Aufgabe als Botschafterin sei, in Schulen über ihren Beruf zu berichten und Mädchen die Angst vor technischen Berufen zu nehmen, zu zeigen, dass sie für viele erlernbar seien und Spaß machen könnten. In einem Workshop würden die Botschafterinnen auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Während des Technikcamps habe sie an ihrem Arbeitsplatz im Betrieb gezeigt, wie sie arbeite. Einige Mädchen hätten sich bereits für den Beruf beworben und fingen mit der Ausbildung an. Dies mache sie stolz.

Simon Kowalewski (PIRATEN) betont, es sei sehr wichtig, Rollenmodelle anzubieten. Häufig landeten Mädchen auch aus Unkenntnis der vielen möglichen Berufe in mädchenstypischen Berufen. Sei es nicht zu spät, wenn Mädchen erst auf Berufsmessen oder beim Technikcamp über technisch-gewerbliche Berufe informiert würden? Sei es nicht sinnvoller, viel früher, schon ab der Grundschule, das Interesse für diese Berufe zu wecken?

Dr. Ina Czyborra (SPD) bedankt sich für die Ausführungen der drei Vertreterinnen von girlsatec. Sie wünsche weitere Erläuterungen zum Technikcamp und dessen Entwicklungsmöglichkeiten. Außerdem wünsche sie Auskunft über die Ängste und Vorbehalte von Mädchen und deren Eltern vor gewerblich-technischen Berufen. Seien die Mädchen auch wegen schlechter Erfahrungen im Mathematik- oder Physikunterricht demotiviert? Was könne vonseiten der Bildungspolitik diesbezüglich unternommen werden? Was wünschten sich die Akteurinnen von der Politik?

Joachim Luchterhand (CDU) betont, dass die Tätigkeit der Botschafterinnen wertvoll und der beste Weg zur Motivation von Mädchen sei. Als einer der Mitinitiatoren des Girls' Day sei er erfreut über dessen Entwicklung und Erfolge. Er wünsche den bei girlsatec Engagierten weiterhin Erfolg und Durchhaltekraft.

Den Senat fordere er auf zu überlegen, wie mehr Schulen motiviert werden könnten, sich an „Jugend forscht“ zu beteiligen. Dieser Wettbewerb starte bereits in der Grundschule mit Schülerexperimenten.

Sabine Bangert (GRÜNE) weist darauf hin, dass Frauen, wenn sie sich für technische oder gewerbliche Berufe entschieden, meist auch überdurchschnittlich gut abschlossen. Unbefriedigend sei, dass sich die Politik seit 30 Jahren mit diesem Thema beschäftige, aber wenig Erfolge erziele. Bedauerlicherweise sei es nicht gelungen, durch die Wiedervereinigung mit der DDR, wo Frauen häufig männertypische Berufe ausgeübt hätten, eine Veränderung bei der geschlechtertypischen Berufswahl zu erreichen. Dies liege daran, dass es kein koordiniertes Vorgehen, sondern immer wieder nur zeitweilig Modellprojekte gebe. Um die typische Berufswahl zu ändern, müsse schon bei Kitas und Grundschulen angesetzt werden. Inwieweit sei SenArbIntFrau mit Trägern wie Life e. V. vernetzt, die schon über 20 Jahre auf dem Gebiet arbeiteten? Würden deren Erfahrungen genutzt? Wie würden Netzwerke nachhaltig aufgebaut? Wie würden Betriebe vom Senat überzeugt, auch angesichts des drohenden Fachkräftemangels gezielt Frauen zu werben und offener zu werden?

Katrin Vogel (CDU) bedankt sich ebenfalls bei den Vertreterinnen von girlsatec. Über Botschafterinnen Mädchen zu informieren und zu werben, sei sinnvoll und zielführend. Mit wie vielen Mitarbeiterinnen arbeite girlsatec? Wie viele Botschafterinnen seien tätig? Arbeiteten diese ehrenamtlich? Wie viele Betriebe seien Partner?

Margitta Giese (ABB Training Center GmbH Co. KG) antwortet, die 30 Botschafterinnen des Projekts arbeiteten ehrenamtlich. Deshalb müsse der Ausbilder darauf achten, dass sie neben ihrer Ausbildung mit Schulbesuchen etc. nicht überlastet würden. Sechs Betriebe seien von Anfang an beteiligt gewesen, das Netzwerk umfasse über 180 Betriebe. Bis Ende des Jahres sollten weitere 35 in das Projekt einbezogen werden, die dann verstärkt Mädchen ansprächen, ausbildeten und für sie Praktikumsplätze bereitstellten.

Obwohl das Projekt sehr schnell angelaufen sei, dauere es, bis Netzwerke gebildet würden. Botschafterinnen müssten immer wieder rekrutiert werden, weil sie nur im ersten Jahr, in dem sie bei ABB seien, leichter eingesetzt werden könnten; danach seien sie in den Betrieben. Um Veränderungen in der Berufswahl zu erreichen, brauche es langen Atem. Deshalb sei es richtig, so früh wie möglich Kindern viele Möglichkeiten zu zeigen. Das beginne im Elternhaus und in der Kita, wo bereits gegen Rollenklischees gearbeitet werde. Mit Auszubildenden arbeite das ABB Training Center im Rahmen der Bürgerstiftung „zauberhafte Physik“ in Grundschulen. Girlsatec versuche, interessierte Mädchen zu begleiten, sodass sie immer wieder an Kursen teilnehmen bzw. nachfragen könnten.

Kurzläufige Projekte lehne sie ab, da Veränderungen nicht in einem Jahr zu erreichen seien. Dafür Geld auszugeben, sei nicht effektiv. Sie sei am Projekt regionales Kompetenzzentrum Ausbildung beteiligt gewesen, das gute Erfolge erzielt habe. Nach fünf Jahren sei es bekannt und vernetzt gewesen; dann habe man es gestrichen. Nun müsse man wieder bei null anfangen. Die Kontinuität und Begleitung des ABB Training Centers zeige Erfolge: Die Abbrecherquote liege bei nur 2,8 Prozent.

Janine Vollborn (Technische Systemplanerin für technische Systeme, Botschafterin girlsatec) berichtet, viele Mädchen trauten sich nicht, einen technischen Beruf zu wählen, weil sie

in der Schule schlechte Noten in Mathematik oder Physik gehabt hätten. Sie erkläre ihnen, dass Noten oft abhängig von Lehrern und der Motivation der Schülerinnen und Schüler seien und in den Berufen ganz anderes gefragt sei. Das Gespräch und die Anschauung der Tätigkeit vor Ort nehme den Mädchen häufig die Angst. Eltern befürchteten eher, dass es für ihre Töchter schwierig werden könnte, in einer Männerdomäne zu arbeiten. Sie selbst habe mit ihren Kollegen äußerst positive Erfahrungen gemacht. In der Schule hätten die Schüler Mädchen schlechter behandelt.

Sarah Bindokat (kos GmbH, Projektmitarbeiterin girlsatec) bittet, dass alle Abgeordneten als Multiplikatoren die Idee des Projekts girlsatec verbreiten sollten. Weitere Förderung und Unterstützung – ob von der Politik, der Wirtschaft oder den Schulen – sei willkommen.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) wendet ein, in den letzten 30 Jahren habe es für Frauen in der Berufswelt durchaus positive Veränderungen gegeben. Die Politik entwickle immer wieder neue Projektansätze wie jetzt girlsatec. Die Projektlandschaft sei nicht unübersichtlich. Mehr Projekte seien der Sache nicht abträglich. Nun müsse man noch mehr Unternehmen einbinden. SenArbIntFrau stehe in ständigem Gespräch mit dem UVB, der Handwerkskammer und der IHK. Modellprojekte lege die Bundesregierung auf; man müsse den Bund auffordern, erfolgreiche Ansätze fortzuführen z. B. „Enter Technik“, einem einjährigen Praktikum für junge Frauen, woran ein Netzwerk an Unternehmen beteiligt sei. Außerdem müssten sich auch die Unternehmen die Frage stellen, was sie im Betrieb ändern könnten, damit sich mehr Frauen für diese Berufe entschieden. – Das vom Senat unterstützte girlsatec sei jedoch kein Modellprojekt. Neben dem Girls‘ Day und der Girls‘ Day Akademie sei es ein vielversprechendes und erfolgreiches Projekt. Auch die geschulten ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen qualifizierten sich durch ihr Engagement für ihre weitere Karriere. Sie danke ihnen für ihre Arbeit.

Vorsitzende Anja Kofbinger erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Jugendarbeitslosigkeit in der Region

Berlin/Brandenburg

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0095](#)

ArbIntFrau

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass die Anhörung in der Sitzung 17/23 vom 11. April 2013 ausgewertet werde, wozu ein Wortprotokoll vorliege.

Dr. Niels Korte (CDU) bemerkt, dass in der Mitte der Legislaturperiode Zwischenbilanz gezogen und Erfreuliches festgestellt werden könne. Die Jugendarbeitslosigkeit sei um über 18 Prozent deutlich zurückgegangen. Dennoch sei die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen immer zu hoch. Deshalb solle erneut darüber gesprochen werden, was sich bewährt habe und was verbessert werden könne.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) konstatiert, dass Berlin in den letzten Jahren merkbare Fortschritte in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gemacht habe. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen sei von Februar 2012 von 22 372 arbeitslosen Jugendlichen bis Februar 2012 auf 18 305 um 18,2 Prozent zurückgegangen. Dennoch liege Berlin mit 11,5 Prozent Jugenderwerbslosigkeit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,1 Prozent. Dies bedeute, dass zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssten, um die Jugendarbeitslosigkeit noch stärker zu bekämpfen.

Erfreulich sei, dass die Jugendarbeitslosigkeit gleichermaßen bei allen Abschlüssen und Qualifikationen gesunken sei, nicht nur bei Jugendlichen mit höherem Schulabschluss. Entscheidend sei der Abschluss einer Berufsausbildung. 70 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen in Berlin hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung. Doch auch bei Jugendlichen ohne Berufsabschluss gehe die Arbeitslosigkeit zurück.

Wichtig sei es, schon die Schulabbrecherquote zu verringern. Dann müsse die Berufsorientierung verbessert werden. Die Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftebedarf werde sich am 28. April bei ihrem Treffen beim Regierenden Bürgermeister auch damit beschäftigen. Die Berufsorientierung solle mit neuen Mindeststandards versehen werden, damit das Berufsspektrum und die verschiedenen Berufsbilder bekannter würden. Neben der besseren Berufsorientierung solle es auch eine verbesserte Studienorientierung geben.

Das größte Projekt sei die Jugendberufsagentur. Auf der letzten Sitzung der Sonderkommission seien die beteiligten Senatsverwaltungen und die Regionaldirektion beauftragt worden, Vorprüfungen zu machen, wie in Berlin eine oder mehrere Jugendberufsagenturen eingeführt werden könnten. Die Vorprüfungen seien abgeschlossen. Im Sommer werde das Projekt in Angriff genommen. Auf der nächsten Sitzung der Sonderkommission werde der Zwischenbericht vorgestellt. Der Übergang Schule Beruf müsse systematisiert, die Akteure müssten besser koordiniert werden.

Ohne betriebliche Ausbildungsplätze nutzten alle Verbesserungen des Übergangssystems nichts. Die Unternehmen hätten weiterhin eine hohe Verantwortung, Ausbildungsplätze zu stellen. Bei einer Ausbildungsquote von 4,1 Prozent in Berlin im Vergleich zu bundesweit 5,6 Prozent sei Anlass zur Sorge gegeben. Das Land fördere die Verbundausbildung.

Sabine Bangert (GRÜNE) weist darauf hin, dass wegen der guten Konjunkturlage auch die Jugendarbeitslosigkeit zurückgehe. Benachteiligte Jugendliche, die eine verstärkte Betreuung benötigten, drohten jetzt aber auf der Strecke zu bleiben. Welche Hilfeangebote mache das Land diesen Jugendlichen? Was sei zur besseren Betreuung Jugendlicher in den Jobcentern, solange die Jugendberufsagentur noch nicht existiere, geplant? Rühre der Verwaltungskostenanstieg bei den Jobcentern auch auf verstärktem Personaleinsatz bei unter 25-Jährige her? Wie schätze die Senatorin die Geschäftspolitik der Bundesagentur ein, wenn Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen – BaE – nur noch kooperativ und nicht mehr integrativ stattfinde? Gerade in Berlin, wo viele Jugendliche nicht in der Lage seien, eine Ausbildung in einem Betrieb auf dem ersten Arbeitsmarkt zu absolvieren, sei dies ihrer Einschätzung nach problematisch.

Schon lange würden Mindeststandards in der Berufsorientierung angekündigt. Wann endlich sei dies abgeschlossen? Könne ein verbindlicher Zeitplan vorgelegt werden? – Angesichts

von in Berlin 1 500 unversorgten Jugendlichen 2013, sei es nicht zu vertreten, dass die vom Land finanzierten Ausbildungsplätze nachrangig besetzt würden, auch wenn die Appelle an Wirtschaft und Handwerk wegen ihrer zu geringen Ausbildungsleistung verständlich seien. Dies treffe aber besonders benachteiligte Jugendliche, für die das Land Verantwortung trage. Auch die Jugendberufsagentur solle nach dem Prinzip arbeiten, jedem Jugendlichen ein adäquates Angebot zu machen. Davon sei man noch weit entfernt.

Birgit Monteiro (SPD) macht darauf aufmerksam, dass im Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm – ARP – Menschen mit Behinderung eine besondere Rolle spielten. Gerade junge Menschen mit Behinderung sollten in Bezug auf Berufsausbildung und Berufseinstieg stärker in den Blick genommen werden. Diese Zielgruppe müsse auch in den Jugendberufsagenturen betreut werden. Bisher sei sie in den Planungen ausgenommen. Dies entspreche nicht der UN-Behindertenrechtskonvention. Wie könne künftig eine engere Verzahnung zw. den Aktivitäten von SenGesSoz und SenArbIntFrau stattfinden, damit junge Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt integriert würden?

Alexander Spies (PIRATEN) kritisiert, seit der Anhörung habe der Senat wenig unternommen gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Bis die Jugendberufsagentur richtig arbeite, werde es Jahre dauern. Was aber geschehe in der Zwischenzeit? Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin trotz Fachkräftemangels noch so hoch sei, dass in bestimmten Branchen schon Jugendliche im Ausland geworben würden, sei blamabel. Die Berliner Wirtschaft verlasse sich vermutlich darauf, dass Berlin attraktiv für Fachkräfte sei, und bilde selbst nicht genügend aus. Was unternehme der Senat, um Handwerk und Wirtschaft stärker in die Pflicht zu nehmen? Was habe der Senat für benachteiligte Jugendliche getan?

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht Erläuterung, was unter Mindeststandards für die Berufsorientierung zu verstehen sei. Wie bewerte die Senatorin BaE? Wie würden die Bezirke bei der Planung und Vorbereitung der Jugendberufsagenturen einbezogen? Derzeit fielen gute BaE-Projekte in den Bezirken weg. Welche Konsequenzen ziehe SenArbIntFrau daraus? Warum könnten integrierte BaE in Berlin und Brandenburg nicht wie in anderen Bundesländern fortgeführt werden? Welcher Zwischenbericht über die Jugendberufsagenturen werde in der nächsten Sitzung der Sonderkommission vorgestellt?

Dr. Niels Korte (CDU) erinnert daran, dass der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen sei, sondern ein Erfolg des Programms „Berlin-Arbeit“ sei. Berlin habe beim Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zeitweilig über dem Bundestrend gelegen. – Bei der Aufschlüsselung der jugendlichen Arbeitslosen nach Abschlusskategorien nehme die Arbeitslosigkeit bei Abiturienten leicht zu. Gebe es weitere Gründe außer den Nachwirkungen des Doppelabiturjahrgangs 2012? Was sei für eine verbesserte Berufsorientierung an Gymnasien unternommen worden? Er sehe hier einen großen Bedarf; die jährliche Messe „Einstieg Berlin“, die sich an Abiturienten richte, sei immer überfüllt.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) erklärt, vorrangig kooperatives BaE zu nutzen, halte sie für grundsätzlich richtig. Auch bei Berliner Programmen hätten kooperative Ansätze wie BAPP Vorrang. Integrative Ansätze seien aber nicht völlig ausgeschlossen.

Im Haushalt habe Berlin 2014 500 BAPP-Ausbildungsplätze vorgesehen. Über die Richtlinienerföhrderung würden 944 Ausbildungsplätze im Verbund und über andere Kriterien betrieblicher Art gefördert. Da die Verbundausbildung in Berlin mit ihren vielen kleinen Unternehmen erfolgversprechend sei, sei 2013 eine neue Initiative gestartet worden. Mit der Verbundberatung vom Verein zur Förderung der beruflichen Bildung Berlin e.V. sollten einige Tausend Unternehmen beraten und zur Ausbildung motiviert werden. Außerdem solle eine Datenbank Verbundbörse eingerichtet werden, damit Unternehmen Partner fänden.

Für Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen sei das Programm „Ausbildung in Sicht“ verstärkt worden. Das Konzept sei neu aufgestellt worden. Dort würden die Kompetenzen der Jugendlichen festgestellt und passgenaue Qualifizierungen gesucht.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, ob SenArbIntFrau mit der Regionaldirektion verhandle, damit diese wie in anderen Bundesländern auch integrative BaE ausschreibe. Die Zielgruppe dafür sei in Berlin vorhanden.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, welche Maßnahmen für Jugendliche mit weniger Chancen vorgesehen seien, wenn es integrative BaE nicht mehr gebe.

Birgit Monteiro (SPD) erinnert an ihre Fragen nach Menschen mit Behinderung.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) versichert, dass SenArbIntFrau mit der Regionaldirektion in enger Abstimmung stehe, um den Schwerpunkt im ARP umzusetzen und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung fördern zu wollen. Dafür würden Betriebe beraten, damit sie Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Behinderung einrichteten und in bürokratischen Verfahren unterstützt würden. Auch bei der Errichtung der Jugendberufsagentur werde der Inklusionsansatz aufgegriffen.

Für benachteiligte Jugendliche, die selbst keinen Ausbildungsplatz finden könnten, seien verschiedene Ansätze im Land Berlin entwickelt worden, damit sie ausbildungsreif würden und eine Berufsorientierung erhielten. Hier sei das Programm „Ausbildung in Sicht“ weiterentwickelt worden. Dies könne dem Ausschuss, wenn gewünscht, zur Verfügung gestellt werden.

In der Jugendberufsagentur sollten alle Jugendlichen, ob benachteiligte Jugendliche oder Abiturienten, entsprechend ihrer Fähigkeiten und ihrer Situation individuell Unterstützung bekommen.

Uwe Schulz-Hofen (SenArbIntFrau) führt aus, BaE sei seit 1980 Bestandteil des Arbeitsfördergesetzes, danach des SGB III. Diese sog. Benachteiligtenausbildung werde voll aus Ausbildungsmitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert. Sie sei in der integrativen Variante eher trägerbezogen, in der kooperativen Variante betriebsnäher. Die Wirtschafts- und Sozialpartner hätten sich auf Bundes- und Landesebene dafür ausgesprochen, die Betriebsnähe zu stärken. In Berlin werde es weiterhin ca. 90 Plätze integrative BaE geben. Der Schwerpunkt liege bei den kooperativen BaE, da im Betrieb die vier Kompetenzdimensionen des deutschen Qualifikationsrahmens – Wissen, Fertigkeiten, Selbstkompetenz und Sozialkompetenz – leichter im Betrieb zu erlangen seien. Außerdem sei die integrative Berufsausbildung einiger Berliner Jobcenter im Bundesvergleich als sehr schlecht bewertet worden, was bedeute, dass die Arbeit der Träger integrativer Maßnahmen verbessert werden müsse. SenArbIntFrau sei

darüber im Gespräch mit der Regionaldirektion, mit dem Berliner Verband für Arbeit und Ausbildung – BVAA – und einem Bezirksstadtrat. Ein Konsens sei angestrebt, der zu einer Verbesserung der Maßnahmen führen solle.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) antwortet, der Anstieg der Abiturienten unter den arbeitslosen Jugendlichen zwischen 2012 und 2013 erkläre sich aus dem doppelten Abiturjahrgang. 2012 seien es 1 462 und 2013 1 561 arbeitslose Abiturienten gewesen. Umgerechnet sei aber auch hier ein Rückgang der Arbeitslosen zu verzeichnen.

Elke Breitenbach (LINKE) zeigt sich verwundert, warum die BaE-Träger plötzlich für schlecht befunden würden, arbeiteten sie doch schon jahrelang in der Ausbildung. An was werde die Kritik festgemacht? Welche Probleme würden festgestellt?

Uwe Schulz-Hofen (SenArbIntFrau) antwortet, über die konkreten Probleme bei einzelnen Trägern könne er nichts sagen. Die Auswertung der integrativen BaE nach Jobcentern habe schlechte Ergebnisse gezeigt. Das IAB habe bundesweit Cluster gebildet, in dem Arbeitsagenturen von Orten mit ähnlicher Arbeitsmarktlage in ihren Maßnahmen verglichen worden seien. So könne festgestellt werden, in welchen Regionen bestimmte Maßnahmen welchen Erfolg hätten. Sei das Ergebnis schlecht, müsse man auf eine Verbesserung der Maßnahmen hinwirken.

Sabine Bangert (GRÜNE) erinnert an die Erfolge der heute fast abgeschafften Jugendberufshilfe, in der benachteiligte Jugendliche mehrere Jahre während der Ausbildung begleitet worden seien. Immer nur über Erfolgsquoten zu sprechen, vernachlässige, dass hinter jeder Zahl ein Einzelschicksal stehe. Hier müsse auch die Bundesagentur ihre Förderpolitik überdenken.

Ulker Radziwill (SPD) gibt ihrer Vorrednerin recht. Jedem jungen Menschen müsse geholfen werden, seinen Weg in einen Beruf zu finden. – Sie spreche sich gegen ein pauschales Verurteilen der Arbeit der Träger in Berlin aus. In Berlin arbeiteten viele sehr gute Träger für sozialintegrative Leistungen. Existiere in Berlin ein Kriterienkatalog, anhand dessen gesamtstädtische Steuerungsvorgaben gemacht würden? Oder müsse man auf die Ergebnisse der KGSt-Studie warten? Wie funktioniere die Trägersteuerung?

Alexander Spies (PIRATEN) bemerkt, neu und erfreulich sei, dass die Verbundausbildung besser gefördert werde. Ansonsten habe SenArbIntFrau nur von bereits bekannten Maßnahmen, die über Jahre und mit mehr oder weniger Erfolg liefen, berichtet. – Berufsorientierung müsse früher ansetzen, auch an Gymnasien. Wenn gegen die in Berlin hohe Ausbildungsabbrecherquote etwas getan werden solle, müsse man sich ein Beispiel an erfolgreichen Projekten nehmen z. B. ABB Training Center. Warum würden diese guten Beispiele nicht aufgegriffen, auch in andere Bereiche übertragen und gefördert?

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) entgegnet, die Einrichtung einer Jugendberufsagentur sei ein wirklich neues großes Projekt. Vorhandene gute Ansätze wie bei „Ausbildung in Sicht“ oder bei der Verbundausbildung würden weiterentwickelt und verstärkt.

Uwe Schulz-Hofen (SenArbIntFrau) ergänzt, die Steuerung kommunaler Leistungen im SGB II sei ein komplexes Problem, zu dem bundesweit unterschiedliche Auffassungen bestünden. BaE sei eine von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Leistung, weshalb die

Bundesagentur deren Wirkung prüfe. Die statistische Auswertung zeige, bei wie vielen Einzelschicksalen die Maßnahme gewirkt habe. Controlling bedeute nicht, Einzelfallschicksale aus dem Blick zu verlieren; es gehe um effektiven Mitteleinsatz. Wirkung und Qualität einer Maßnahme zu prüfen, müsse erlaubt sein. SenArbIntFrau sei mit der Bundesagentur im engen Kontakt bezüglich der BaE. Möglicherweise habe dies dazu geführt, dass wieder 90 Plätze für integrative BaE eingerichtet worden seien. Es müsse entschieden werden, ob eine BaE gleich das richtige Instrument sei oder ob Vorschaltmaßnahmen sinnvoller seien.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, Wirkung und Qualität einer Maßnahme müssten tatsächlich überprüft werden können. Wo bei integrativer BaE die Probleme lägen und welche Verbesserungen eingeleitet würden, sei aber nicht beantwortet worden.

Uwe Schulz-Hofen (SenArbIntFrau) entgegnet, in einer Runde mit den Geschäftsführern der Jobcenter seien die Ergebnisse besprochen worden. Es sei nicht die Aufgabe von SenArbIntFrau oder der Regionaldirektion, sich mit den Problemen der Träger zu befassen. Die Jobcentergeschäftsführer hätten nun den Auftrag zu prüfen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen seien.

Vorsitzende Anja Kofbinger erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 17/1307

**Elfter Bericht über die Umsetzung des Berliner
Landesgleichstellungsgesetzes gemäß § 19 LGG**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Piratenfraktion)

[0144](#)
ArbIntFrau

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *